

Der Grosse Rat meldet sich aus den Sommerferien zurück

Zu Beginn der Ratssitzung wurden mit Alain Burger und Manuel Kaspar zwei neue Mitglieder in Pflicht genommen.

Dem Antrag seiner Kommission für öffentliche Sicherheit (SIK) auf die Bildung einer Subkommission betreffend Oberaufsicht über den Vollzug des Nachrichtendienstgesetzes im Kanton Aargau wurde zugestimmt und in der Geschäftsordnung verankert.

Vom Jahresbericht und der Jahresrechnung der Sozialversicherung Aargau (SVA) welche im Berichtsjahr für 2,56 Milliarden Franken Leistungen entrichtete, wurde Kenntnis genommen.

Eine Motion der CVP betreffend Schaffung einer von der Verwaltung unabhängigen und vom Grossen Rat gewählten Ombudsstelle wurde gegen die Stimmen der SVP + FDP knapp mit 67:60 überwiesen.

Neben den Beratungen von 11 Interpellationen, 2 Postulaten und 4 Motionen wurde auch die 1. Beratung, die Totalrevision des Geldspielgesetzes angegangen. Dies wird nötig, da auf Bundesebene seit dem 1. Januar 2019 das eidgenössische Geldspielgesetz in Kraft ist. Deshalb sind nun auch die entsprechenden kantonalen Anpassungen erforderlich. Diese Vorlage war im Rat unbestritten.

Im Weiteren wurde ein Verpflichtungskredit von 4,7 Millionen Franken zur Projektierung eines neuen Amtes für Verbraucherschutz mit Standort Unterentfelden bewilligt. Da das bestehende Gebäude in einem katastrophalen Zustand, weder zeitgemäss noch arbeitstauglich ist, war auch dieser Kredit unbestritten. Was den Schreibenden trotzdem zu einem Votum veranlasste, ist die Tatsache, dass einmal mehr bei der Standortevaluation erneut nur die „Fettachse“ im Mittelland berücksichtigt wurde. Bei einem Amt für Migration oder einem Passamt sind Standorte in der Mittellandachse sicher sinnvoll. Ein Laborgebäude bedarf jedoch nicht zwingend einer solchen Konzentration und könnte ebenso in einer Randregion erstellt werden. Mir kommt da „spontan“ das Fricktal in den Sinn.

*Roland Agustoni, GLP- Grossrat, Rheinfelden*